

Antwort  
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1495  
der Abgeordneten Sven Schröder und Christine Schade  
AfD-Fraktion  
Landtagsdrucksache 6/3584

### **Bundesumweltministerium fordert Ausstieg aus der Braunkohle**

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1495 vom 26.02.2016:

In den Potsdamer Neueste Nachrichten vom 24.02.2016 war zu lesen, dass Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) das Land Brandenburg zu einem Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2050 drängt. Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber sagte, dass die Umstellung der Energieversorgung an einem politisch definierten Tag X des Ausstieges nicht möglich ist.

Wir fragen die Landesregierung:

Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Menschen nicht ständig verunsichert werden und einen Ausstieg aus der Braunkohle ohne die Weiterentwicklung der Netz- und Speicherkapazitäten fürchten müssen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Landesregierung spricht sich gegen die Festsetzung eines politisch definierten festen Enddatums aus. Denn niemand kann heute seriös einschätzen, wann der Industriestandort Deutschland seinen eigenen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen allein aus erneuerbaren Energien decken kann. Erst dann kann die Braunkohleverstromung beendet werden. An der Schaffung der Voraussetzungen für das Gelingen der Energiewende – insbesondere beschleunigter Netzausbau, Entwicklung von Speicher- und anderen innovativen Energietechnologien z. B. im Rahmen der Sektorenkopplung und dezentraler Konzepte, Begrenzung und gerechte Umlage der EEG-bedingten Kosten – wird in Brandenburg intensiv gearbeitet.

Für diesen Weg – und nicht für ordnungsrechtliche Vorgaben gegen die Braunkohlenutzung – setzt sich die Landesregierung Brandenburg auf Bundesebene ein. So hat sie im vergangenen Jahr gemeinsam mit den Ländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen sowie den Gewerkschaften erreicht, dass die Bundesregierung von einer Klimastrafabgabe für die Braunkohle Abstand genommen hat und damit ein Strukturbruch im Lausitzer Braunkohlerevier vermieden werden konnte.